

Bezugspreis:

Wochenpreis 30.- M., monatlich 1.00.- M. ...

Telegraphisch: „Sozialdemokratische Zeitung“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 18. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Frankreichs neuer Vorstoß.

Wieder einmal hat sich die französische Regierung anklagend und mit leisen Untertönen der Drohung, fordernd an die deutsche gewandt.

An den Ausführungen der französischen Note ist sicher das eine richtig, daß die Lage in Oberschlesien nach wie vor prekär bleibt.

Die deutsche Regierung wird zweifellos bereit sein, den Transport alliierter Truppen nach Oberschlesien zu erleichtern, hat sie doch die Schwäche der Ordnungsmacht in Oberschlesien selbst immer lebhaft beklagt.

Nach demselben Friedensvertrag steht ihr aber ein maßgebender Einfluß in Oberschlesien nicht zu, dieser ist auf die I.A.R. übergegangen, deren Aufgabe es ist, mit der Unordnung im Lande selber fertig zu werden.

Wozu noch zu bemerken ist, daß die französische Regierung nach übereinstimmenden deutschen Berichten dem General Höfer persönlich unrecht tut.

Nach den neuesten Nachrichten soll nun doch die Entscheidung des Obersten Rats in der Woche vom 24. Juli bis zum 1. August gefast werden.

Wenn aber Frankreich gar keine Sorge darüber zeigt, wie diese Entscheidung von Polen aufgenommen werden wird, während sie über ihre voraussetzliche Aufnahme in Deutschland offensichtlich arg beunruhigt ist.

Das deutsche Volk steht sicherlich geschlossen auf dem Boden der Auffassung, die zuletzt wieder in der großen Berliner Bühnarmie-Versammlung von Gerhard Hauptmann und den Vertretern der politischen Parteien vertreten worden ist.

Die französische Regierung verlangt von der deutschen Regierung — von ihr allein, nicht auch von der polnischen —, sie solle „alle notwendigen Maßnahmen treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des

Friedensvertrags in Oberschlesien keinen Widerstand finden“. Nach dem Friedensvertrag soll die deutsche Regierung im Laufe eines Monats nach erfolgter Grenzfestsetzung den Deutschland zuerkannten Landesteil wieder in ihre Macht übernehmen, und innerhalb derselben Frist hat die polnische Regierung für die Verwaltung der als polnisch anerkannten Gebiete zu sorgen.

Dieses Unterlassen ist eine Pflicht, die sich der deutschen Regierung auch ohne besondere Mahnung von selber aufdrängen wird.

Darüber hinaus liegt es in ihrem eigenen Interesse, nach Kräften zu verhindern, daß nationalitätlich überhöhte Elemente der deutschen Sache Vorentscheid leisten.

Frankzösische Truppenverstärkungen!

Korrespondenz B.S. meldet: Das Oberkommando der französischen Rheinarmee hat aus Paris den Befehl erhalten, eine seiner Infanteriedivisionen mit Kavallerie zum Abtransport nach Oberschlesien bereitzustellen.

Drohung mit Ruhrgebietsbesetzung.

Paris, 18. Juli. (B.Z.) Bertinax schreibt im „Echo de Paris“: Die französische Regierung müsse bis zur letzten Konsequenz die diplomatische Verhandlung verfolgen, die man in Berlin eingeleitet habe.

Auch das „Journal“ erklärt, daß es für die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien wie für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens notwendig sei, daß der Vertreter Großbritanniens in Berlin sich dem Schritt Laurents anschließe.

Paris, 18. Juli. (B.Z.) Die Pariser Morgenpresse bereitet der französischen Note über Oberschlesien nur eine teilweise zustimmende Aufnahme.

Vor allem äußert sich „Leit Parisien“ skeptisch. Philippe Millet schreibt in diesem Blatte u. a.: Je mehr man die endgültige Lösung, vor die man die Polen und Deutschen stellen müsse, hinauszieht, desto mehr müsse die Erregung beider Seiten wachsen.

Können. Jetzt befindet man sich seit vielen Wochen vor einem Vermittlungsvorschlag des Grafen Sforza, den die Polen in großen Einien anzunehmen bereit seien.

„Figaro“ sagt, in Paris weigert man sich, die oberschlesische Frage als eine rein örtliche anzusehen.

Oberschlesien ein neues Irland

„Gaulois“ schreibt, die oberschlesische Angelegenheit erscheine bedauerlicherweise als eine Friedensstörung, deren Konsequenzen beträchtlich seien.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt, es sei nicht daran zu zweifeln, daß die französische Note einen

direkten Angriff gegen die englische Regierung

darstelle. Zwei Dinge erregten in der Note hauptsächlich Aufsehen. Das eine sei, daß die französischen Diplomaten trotz aller Erfahrungen nicht darauf verzichteten wollten, Frankreich den Gendarmen spielen zu lassen.

„Populaire“ fährt aus: Die französischen Soldaten sollen noch einmal und immer wieder das traurige und gefährliche Handwerk des

europäischen Gendarmen

spielen. Die öffentliche Meinung der französischen Arbeiterklasse wird gerechtfertigterweise erregt sein, wenn sie vernimmt, daß die französische Regierung Vorkehrungen zur Entsendung von Verstärkungen getroffen hat, ohne das Parlament vor Sessionsbeginn zu befragen.

vier volle Monate nach der Volksabstimmung?

„Ere Nouvelle“ billigt den Schritt des Ministerpräsidenten Briand und sagt, wenn die Kabinette von London und Rom dem Verlangen nach Entsendung von Verstärkungen nachgeben würden, dann sei der erste Schritt zur Lösung des Konfliktes geschehen.

„Humanité“ sagt Soldaten, selbst wenn sie in großer Masse auftreten würden, seien niemals ein Mittel gewesen, den Krieg zu vermeiden.

„Gustave Herodé nennt in der „Victoire“ den französischen Vorschlag, Verstärkungen nach Oberschlesien zu schicken, die Klugheit selbst.

„Journal des Débats“ bemerkt: Beland habe vielleicht nicht unrecht, eine Verhandlung zu befürchten, die bei der augenblicklichen Lage der Dinge zweifelsohne nur das Ergebnis haben würde, den

Gegensatz der Standpunkte

ins Licht zu setzen. Das Blatt meint ferner, man dürfe nunmehr hoffen, daß die alliierten Regierungen einsehen würden, daß man mit der oberschlesischen Frage Schluss machen müsse.

Die Engländer in Oberschlesien.

Deuthen, 18. Juli. (B.Z.) Der Befehlshaber der englischen Brigade, Oberst Walschoppe, empfing die Vertreter der Landgemeinden des ihm unterstellten Bezirks, denen er erklärte, er wolle auf friedlichem Wege den früheren Zustand wieder herstellen.

Gleiwitz, 17. Juli. (B.Z.) An die Interalliierte Kommission ist die nachstehende Rundgebung gerichtet worden:

Eine größere Zahl heute in Gleiwitz verammelter Vertreter der größten oberschlesischen Industriegesellschaften richteten in letzter Stunde an die Interalliierte Kommission das dringende Ersuchen, für ausreichende militärische Beschaffung ihrer Betriebsstätte und Schutz ihrer deutschen Beamten und Arbeiter zu sorgen.





